

Verhandlungen über Notverordnung abgeschlossen

Massensteuern und Unterstützungsabbau

Die neue Beschäftigungssteuer. Unterstützungsmaßnahmen Brünings

Gestern hat die Brüningsregierung die Beratungen über die neue Notverordnung abgeschlossen. Die Notverordnung, die Anfang der nächsten Woche veröffentlicht werden soll, wird nur noch in Einzelheiten ausgearbeitet. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter wird die neue Notverordnung folgende ungewöhnliche Bestimmungen enthalten:

1. Die Unterstützungsmaßnahmen für Gewerbeleute wird von 10 auf 13 Wochen verlängert und die Unterstützung auf die Säze der Wohlfahrtsunterstützung herabgesetzt.

2. Die Bürgersteuer, die am 1. Juni eigentlich abgelaufen war, wird bis zum 1. April 1933 verlängert.

3. Die Reisensteuer wird bis zum 31. Dezember 1932 verlängert.

4. Es wird eine neue Beschäftigungssteuer für sämtliche beschäftigten Personen eingeführt, die 1½ Prozent des Einkommens betragen soll. Das bedeutet einen neuen allgemeinen Vohn- und Gehaltsabbau, der 300 Millionen Mark einbringen soll.

Diese Bestimmungen übertreffen weit das, was wir gestern bereits über die geplanten Maßnahmen der neuen Notverordnung berichtet haben. Zweifellos wird sich in der ganzen Arbeitersklasse ein Massensturm der Empörung gegen die geplanten neuen Anschläge erheben.

Die SPD-Führer, die sich mit den Notverordnungsplänen Brünings „aus einerstanden“ erklärt haben und zwei Tage lang über ihre Unterredung mit dem Notverordnungsamtler schwiegen, haben gestern im Vorwärts eine verlogene Erklärung veröffentlicht. Sie indien alles abzuleugnen, aber ihre praktische Haltung beweist, daß sie in der Tat mit der Abbauverordnung einverstanden sind.

Dieselbe Haltung nimmt die SPD-Presse ein. So schreibt die Dresdner Volkszeitung vom 20. Mai auf der ersten Seite:

„Man darf sich keinen Täufungen darüber hingeben, daß jede Regierung, mag sie heilen, wie sie will, heute zu Maßnahmen greifen muß, die von einem großen Teil des Volkes äußerst hart empfunden werden müssen.“

Das ist eine glatte Zustimmung zu den neuen hungerhaften Maßnahmen der Brüningsregierung, die ja von der SPD erst vor 11 Tagen wieder im Reichstag das Vertrauen ausgesprochen wurde. Es ist deshalb auch weiter nichts als Demagogie, wenn die Volkszeitung im Anschluß an die Zustimmung zu den neuen Massensteuern und den Unterstützungsabbau über den unsozialen Charakter der Notverordnung jammert und die Forderung erhebt: „Die Leute zu höheren Leistungen herauszuziehen, denen es unendlich viel besser geht als den Gewerbeleuten.“ Wenn diese Forderung auf die Kapitalisten gemünzt ist, so muß man

sich feststellen, daß gerade die SPD, als sie noch in der Reichsregierung lag, den Kurs der härtesten Entlastung der Bevölkerung und der schwersten Belastung der Gewerbeleute mit Steuern eingeschlagen hat, darüber hinaus aber auch durch die Ablehnung aller kommunistischen Anträge auf Besteuerung der Reichen und durch die Zustimmung zu allen Notverordnungen für die fortlaufende Verelendung der Arbeitersklasse die volle Verantwortung trägt.

Hier steht kein Appell an Regierung und Parlamente, sondern nur der außerparlamentarische Kampf gegen jede weitere Verelendung, für Arbeit und Rost. Jetzt ist es höchste Zeit, die Stempelstellen und Betriebe gegen die geplante Notverordnung zu mobilisieren. Organisiert überall Protestaktionen gegen die Abbaupläne, sammelt die Massen im einheitlichen Kampf für

die Forderungen, die von der kommunistischen Reichstagsfraktion der Landtagsfraktion in Sachsen, die wir gestern veröffentlichten, mit dem Reichsvertriebslorenausschuß aufgestellt wurden:

Arbeitsbeschaffung!

Verbot von Pflicht- und Zwangsarbeit!

Unentgeltliche Spaltung für alle Erwerbslosen!

300 Millionen für kommunale Wohlfahrtspflege als Sonderleistung!

Bereinigung der für den Bau des Panzerkreuzers C zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 5 Millionen Mark für Kinderbetreuung.

Schärfste Besteuerung der Reichen, Streichung aller Abgaben für Militär, Polizei und ehemalige Fürsten, zur Besteuerung der notwendigen Mittel.

Nichtdurchführung der neuen Notverordnung und Aufhebung der bereits erlassenen.

Das sind die Forderungen, für die jeder Betriebsarbeiter und Gewerbeleute kämpfen muß. Macht jeden Betrieb und jede Stempelstelle zum Kampfzentrum der roten Einheitsfront, zum Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen im außerparlamentarischen Kampf!

Ein anfeuerndes Beispiel geschlossenen Kampfes:

Die zweite Belegschaft der Gaidenbach-Talsperre in den Streit getreten

Mit 250 gegen 70 Stimmen in geheimer Abstimmung für den Kampf unter Führung der RGO den Streit beschlossen. 700 Arbeiter geschlossen im Streit

Wie wir gestern bereits berichtet, ist die Gesamtbelegschaft des Unternehmens Moritz Krause an der Gaidenbach-Talsperre unter Führung der RGO geschlossen in den Streit getreten. Die Gewerkschaftsbürokratie schlägt sofort den in Leipzig letzten bekannten reformistischen Gewerkschaftsbundes Biegel in das Streitgebiet, um wenigstens die zweite Belegschaft einer anderen Firma von dem Streit abzuhalten. Der Kampfes- und Solidaritätswillke des Proletariats war aber stärker als er erhofft hatte.

Wit 200 gegen 70 Stimmen wurde der Streit beschlossen. Die Belegschaften der Gaidenbach-Talsperre stehen somit geschlossen in dem Streit. B. verließ nach der Abstimmung sofort lächelnd die Baustelle. Die Haltung der Bauarbeiter der Gaidenbach-Talsperre zeigt den vorhandenen Kampfwillen des Proletariats. Das Beispiel muß in ganz Sachsen Schule machen. Bildet überall Kampfausschüsse, nehmst den Kampf auf breiter Platt-

form auf. Der Kampf der Bauarbeiter gegen den Vohnabbau ist der Kampf der gesamten deutschen Arbeiterschaft gegen die Vohnabbaupolitik der Unternehmer!

Heute der Gewerkschaftsbürokratie

Die Scheinablehnung der Vohnabbaupolitik im Bauwesen durch den Betrat des Baugewerksbundes Dresden wird von einer kleinen Gruppe gegen die RGO begleitet. Die Schmalz-Schmiede, die in der geistigen Volkszeitung zum Ausdruck kommt, soll nur die Heilserdienste, die die Reformen den Bauunternehmern leisten, verdecken.

Die Eurodeutsche des Baugewerksbundes wartet nur auf die Verbindlichkeitserklärung, um dann ebenfalls den Bauarbeiter zu erklären, es ist nichts mehr zu machen. Gleichzeitig soll die Hage gegen die Bauarbeiter davon abhalten, mit ihr den Kampf aufzunehmen.

Die Dresdener Bauarbeiter müssen dem Beispiel der Belegschaften der Gaidenbach-Talsperre folgen. Entgegen den Wünschen der Gewerkschaftsbürokratie gilt es sofort alles zu tun, um in einheitlicher Front den Kampf auf den Dresden Baustellen aufzunehmen. Streit gegen jeden Planung Vohnabbau.

So muß es überall sein!

1000 Mark für streikende Bauarbeiter gesammelt

München, den 29. Mai 1932. (Eig. Meldung)

In einem wahren Streitappell, der von der RGO und dem roten Bauarbeiterverband einberufen war, wurde nur die ganze Arbeiterschaft ein Beispiel gehabt, wie revolutionäre Streiks der Arbeiter heute geliebt und übergetreten werden müssen.

Über 500 kreisende Bauarbeiter waren erschienen und gaben nach Ansprachen der Vertreter der RGO, des roten Verbands und der Kommunistischen Partei, ihren Kampf bis zum Sieg weiterzuführen.

Unter ungeheuerer Begeisterung der Verammlungen wurde von der revolutionären Streitfaktion mitgeteilt, daß durch aktive Arbeit der Streikenden und des Solidaritätsausschusses über 1000 Mark für die Streikenden gesammelt wurden.

Rasch bei den Rasseler Nazis

Wie die Rassische Zeitung aus Rassel mitteilt, ist es in Rassel in der Ortsgruppe der NSDAP zu einer regelrechten Revolte gegen einen Teil des Gauvorstandes gekommen. Nach dem Bericht wurde ein Teil der für die nationalsozialistische Winterhilfe gesammelten Lebensmittel versteckt. Die Nazis hatten im vergangenen Herbst eine Winterhilfsaktion für die arbeitslose Parteimitglieder veranstaltet. Sie betrieben eine rege Sammelaktivität und erhielten von ihren lokalen Parteigenossen beträchtliche Lebensmittel — vor allen Dingen Kartoffeln. Wie jetzt festgestellt wurde, ist ein großer Teil dieser Kartoffeln nicht ihrer Bestimmung zugeführt, sondern an Händler, Beamte und Angestellte verkaufte worden. Der Erlös soll von prominenten Nazis für ihre eigenen Zwecke verbraucht worden sein.

Gorgulow wollte Hitlersoldat werden

Paris, 29. Mai. (Eig. Draht)

Der inzwischen nach Paris juristischesc Jaksowitsch, Herausgeber der in Paris und Berlin erscheinenden „Sturmblatt“, und Komplize Gorgulow, wurde von der Pariser Polizei verhaftet. In dem Polizeibericht über die Vernehmung interessiert, daß Gorgulow durch Jaksowitsch Vermittlung in die deutsche Hitler-Nazie einzutreten wollte. Wenn nicht anders, so als „einfacher Soldat.“ Die Beziehungen des weißgardistischen Wörterbundes laufen also auch nach Hitlers Braum Haus. Leiderwegen wäre Gorgulow nicht der einzige Weißgardist in Hitler brauner Armee gewesen.

Gebering-Polizei gegen Kriegsenthüllung

Gesamte Auflage des Thüringer Volksblattes beschlagnahmt

Erfurt, 20. Mai. (Eig. Drahtmeldung)

Wegen Veröffentlichung von Arbeitertortypen über die Sozialer Kriegsproduktion ließ heute der Thüringer Polizeipräsident die gesamte Auflage des „Thüringer Volksblattes“ beschlagnahmen. Sämtliche Blätter und Blätter wurden verbotet, um einen weiteren Aufstand zu verhindern. Ein Lebendesamment der Sozialpolizei unter Führung von vier Kriminalbeamten führte diese Aktion durch.

Unter Thüringer Bürgern führt seit Wochen einen energischen Kampf gegen die rückläufigen Kriegsbelastungen für die japanischen Räuber, die täglich in langen Eisenbahngüterzügen die Waffenstadt Saito verlassen. Jetzt will die Gebering-Polizei die Enthüllungskampagne der kommunistischen Presse unterdrücken, will die Räuberin Wernbrück vor dem neuen imperialistischen Monarchen zum Verzummen bringen.

Es ist außerordentlich schauriglich, daß die Polizei eines sozialdemokratischen Ministers, der erst die Entblößungen über die Kriegsvorbereitungen zu unterdrücken versucht. Die SPD bestimmt seitlang vom Hitlerreich, vom Kampf gegen den Krieg. Über praktisch unterdrückt sie das imperialistische Kriegsverbrechen. Im Namen der 2. Internationale gegen den japanischen Imperialismus verhindern wollen.

lichen Raubzug im Fernen Osten wurden die Arbeitern aufgerufen, Kriegstransporte zu verhindern. Aber die Polizei des SPD-Ministers Gebering unterdrückt sogar die Entblößungen über die Kriegsrüstungen.

Schwere Zusammenstöße mit Nazis in Hamburg

In der letzten Nacht kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und prosozialen Nazis, die in gleichlängigen Kolonnen durch ein Arbeiterviertel von ihrer Versammlung heimzogen. Daß es die Nazis auf eine Provokation angelegt hatten, ergab sich aus dem geschlossenen Marsch durch das Arbeiterviertel. Bei dem Zusammenstoß wurden vier Nazis schwer verletzt.

Der Vorwärts bestätigt die Schmalzzeitung, die Meldung über die Nazisproklamation mit folgender Überschrift zu verbreiten: „RSPD wird gleichfall.“ Das sind die schärfsten Methoden der Notverordnungspolitiker, die um jeden Preis das Zustandekommen einer wirklichen roten Einheitsfront gegen den harten Imperialismus verhindern wollen.

Dredige Burschen

Der Umland, das unser Genosse Schubert im Landtag eine seiner Reden wegen kritischer Unredenheiten im Stenogramm hoch torquerte, wird von der Dresdener Volkszeitung unter viel Plauschwendung und lächerlicher Wiedergabe des amtlichen Stenogramms dazu benutzt, eine wütige Hetze gegen unsre Landtagsfraktion und ihr aktives Auftreten gegen das widerliche Zulamenspiel zwischen SPD und Schiedsregierung zu inauguriert. Der sozialdemokratische Präsident Weigel nutzt dazu seine Stellung aus, um vom Stenographenbüro des Landtags das fortgerissene Manuskript zu erhalten und in die SPD-Presse zu lancieren.

Obwohl es sich nur um eine lächerliche Bagatelle handelt, die aufgedruckt werden soll, um den Genossen Renners als Zensor und diktatorischen Befehlsoboter der kommunistischen Fraktion zu verleumden, hängen mit diesen neuen sozialdemo-